

**Pressesprecher
Bernd Sanders**

Landeshaus
24100 Kiel
Telefon 0431-988-1440
Telefax 0431-988-1444
Internet: <http://www.landsh.de/cdu-fraktion/>
e-mail: fraktion@cdu.landsh.de

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 38/01 vom 26. Januar 2001

TOP 24

Caroline Schwarz: Benachteiligungen im Alltag entgegenreten

Zunächst möchte ich der Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich für den vorliegenden Bericht „Maßnahmen zum Abbau der Diskriminierung von Lesben und Schwulen“ danken.

Es ist gut, dass es diesen Bericht jetzt gibt, und daher gilt mein Dank auch den Antragstellern Frau Birk und Herrn Baasch. Der Bericht ist kurz und prägnant abgefasst, sinnvoll gegliedert ... und geht an vielen Stellen unter die Haut.

Er stellt die Situationen dar, denen Homosexuelle tagtäglich ausgesetzt sind, beschreibt die Maßnahmen, die bereits von der Landesregierung ergriffen worden sind oder ergriffen werden sollen und gibt an einigen Stellen politische Bewertungen der Landesregierung wieder. Mit diesen Bewertungen und den aus Sicht der Landesregierung daraus notwendig werdenden oder gewordenen Konsequenzen stimme ich nicht in jedem Fall überein, aber in vielen.

Die Diskussion über das Lebenspartnerschaftsgesetz und über das Lebenspartnerschaftsgesetzergänzungsgesetz möchte ich nicht wieder aufrollen, schon um Missverständnisse, die willentlich oder unwillentlich entstanden sind, aus dem Weg zu gehen. Beide Gesetze hat der Bundestag am 10. November 2000 verabschiedet, im Bundesrat fand sich für das Lebenspartnerschaftsgesetzergänzungsgesetz keine Mehrheit, so dass nun der Vermittlungsausschuss tätig werden muss.

Homosexuelle Menschen und Lebensgemeinschaften haben in unserer Gesellschaft Anspruch auf Nichtdiskriminierung, auf Achtung und Nichtausgrenzung.

Es macht keinen Sinn und ist nicht im Interesse der Gesellschaft, diejenigen, für die Ehe und Familie im herkömmlichen Sinn aufgrund ihrer sexuellen Orientierung als Lebensform nicht in Frage kommen, die Chance einer bürgerlichen Existenz und eines würdigen und erfüllten Lebens zu erschweren.

Es gibt aber noch etliche Defizite im Umgang mit Homosexuellen, schlimme und schwere Defizite, die mir weh tun, körperlich weh tun, die aber in aller Regel nicht unbedingt Fragen des Rechts sind, sondern des täglichen Umgangs miteinander und untereinander.

Die Gesellschaft und damit wir alle sind aufgerufen, diesen Zurücksetzungen und Benachteiligungen im Alltag energisch entgegenzutreten.

Um die Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensweisen zu fördern, Vorurteile und Wissensdefizite abzubauen, die eigenen Gefühle und die der anderen wahrzunehmen, verantwortlich damit umzugehen und zu respektieren, aber auch um ganz praktische Lebenshilfe zu geben, sind die im Bericht beschriebenen Maßnahmen der Landesregierung in ihrer Mehrzahl eine wichtige Hilfestellung.

Wer einmal miterlebt hat, was es für Eltern, für Familien bedeutet, wenn sich ein Kind oder ein Elternteil seiner Homosexualität bewusst wird und sich offenbart, wer gesehen hat, welche Abgründe sich auftun, welche Krisen zu bewältigen sind, der weiß, dass es nach wie vor – leider – großen Handlungsbedarf in unserer Gesellschaft gibt. Und zwar einerseits ganz konkret und sofort, durch Beratung und emotionale Unterstützung, was in hervorragender Weise von vielen ehrenamtlich arbeitenden Menschen und in Selbsthilfegruppen geleistet wird.

Und andererseits darf nicht nachgelassen werden, durch geeignete Maßnahmen Klischees und Vorurteile abzubauen. Für unsere Zukunft, für die Entwicklung eines öffentlichen Bewusstseins, das die Sexualität eines Menschen als Teil seiner individuellen Persönlichkeit akzeptiert und respektiert, ohne abwertende, bloßstellende Bemerkungen und Witze, ohne Mobbing am Arbeitsplatz, ohne Ausgrenzung im gesellschaftlichen Leben, dafür ist eine breit angelegte Diskussion notwendig.

Elternhaus, Schule, Arbeitswelt – Homosexualität darf kein Tabuthema sein. Kinder und Jugendliche sollen zur Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensweisen und damit unterschiedlicher sexueller Identität erzogen werden, und im Berufsleben muss Kollegialität, gegenseitiger Respekt und fairer Umgang endlich normal werden.

Ziel muss es sein, dem Thema Homosexualität keinen Sonderstatus zu geben, sondern es als ein selbstverständliches Thema zu behandeln. Davon sind wir allerdings noch ziemlich weit entfernt.

Insofern begrüße ich die Inhalte des Kabinettsbeschlusses vom Februar des letzten Jahres, der insbesondere die

- Überprüfung von Gesetzen,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- Berücksichtigung von Belangen Homosexueller in allen Bereichen der Gesellschaft,
- Aufarbeitung von Diskriminierung und Verfolgung Homosexueller und
- Aufklärung über und Maßnahmen gegen Gewalt gegenüber Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung

zum Inhalt haben.

Der Bericht der Landesregierung ist ein gutes Handbuch für eine bessere Zukunft von Lesben und Schwulen in unserem Land.